

**sek·feps**

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund  
Fédération des Eglises protestantes de Suisse  
Federazione delle Chiese evangeliche della Svizzera  
Federaziun da las Baselgias evangelicas da la Svizra  
Federation of Swiss Protestant Churches

---

**Reglement der Abgeordnetenversammlung des  
Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK)**

---

**Règlement de l'Assemblée des délégués de la  
Fédération des Eglises protestantes de Suisse (FEPS)**

---

**Regolamento dell'Assemblea dei delegati della  
Federazione delle Chiese evangeliche della Svizzera (FCES)**

---

2005/2006

---

**Ausgabe/Edition/Edizione 05/07**



## **Reglement der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes**

Die Abgeordnetenversammlung erlässt, gestützt auf die Verfassung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes vom 12. Juni 1950, das nachstehende Reglement.

Ingress

### **I. Allgemeine Bestimmungen**

#### **Art. 1**

Für die Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung, Zeit und Ort der Durchführung, für die Wahl der Abgeordneten, ihre Befugnisse und für das Wahl- und Stimmrecht ist die Verfassung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, nachfolgend SEK genannt, massgebend.

Verfassungs-  
grundlage

#### **Art. 2**

Das Wahlverfahren, die Amtsdauer und die Entschädigung der Abgeordneten und ihrer Stellvertretung richten sich nach den Bestimmungen der durch sie vertretenen Mitgliedkirchen.

Abgeordnete

#### **Art. 3**

Das Büro beschliesst in Rücksprache mit dem Rat über Inhalt, Form und Zeitpunkt der Kommunikation von Traktandenliste, Vorlagen und Beschlüssen.

Kommunikation über  
die Versammlungen

#### **Art. 4**

<sup>1</sup> Die Verhandlungen der Abgeordnetenversammlung sind öffentlich.

Öffentlichkeit der  
Verhandlung

<sup>2</sup> Die Abgeordnetenversammlung kann mit Zweidrittelmehrheit die geheime Beratung eines Geschäftes beschliessen.

<sup>3</sup> An geheimen Beratungen nehmen die Abgeordneten sowie der Rat teil.

#### **Art. 5**

Die Verhandlungstage der Abgeordnetenversammlung beginnen mit einer Besinnung. An mehrtägigen Tagungen findet ein Gottesdienst statt.

Besinnungen und  
Gottesdienst

#### **Art. 6**

Arbeitssprachen der Abgeordnetenversammlung sind Deutsch und Französisch.

Arbeitssprachen

## II. Büro, Sekretariat, Stimmzählende

### Art. 7

Zusammensetzung,  
Amtdauer und  
Entschädigung

<sup>1</sup> Das Büro setzt sich zusammen aus der Präsidentin oder dem Präsidenten und zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten. Sie werden von der Abgeordnetenversammlung aus ihrer Mitte auf zwei Jahre gewählt. Der Präsident oder die Präsidentin kann nach Ablauf der Amtdauer nicht wieder gewählt werden. Die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten können nur einmal wieder gewählt werden.

<sup>2</sup> Im Büro müssen beide Arbeitssprachen und beide Geschlechter vertreten sein.

<sup>3</sup> Die Ratsschreiberin oder der Ratsschreiber ist Sekretärin oder Sekretär der Abgeordnetenversammlung und nimmt mit beratender Stimme an den Bürositzungen teil.

<sup>4</sup> Die Entschädigung des Büros geht zu Lasten des SEK.

### Art. 8

Zuständigkeit

<sup>1</sup> Dem Büro obliegen die ihm von der Abgeordnetenversammlung übertragenen Aufgaben, insbesondere die Koordination zwischen der Abgeordnetenversammlung und dem Rat, der Geschäftsstelle sowie den Kommissionen.

<sup>2</sup> Für die Schweigepflicht gilt sinngemäss Art. 19.

### Art. 9

Sekretariat

<sup>1</sup> Dem Büro steht als Sekretariat die Geschäftsstelle zur Verfügung.

<sup>2</sup> Der Geschäftsstelle obliegen die ihr durch die Abgeordnetenversammlung zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die administrative Organisation der Abgeordnetenversammlung. Sie ist für die Übersetzung der Versammlungsvoten, der Anträge sowie der schriftlichen Unterlagen in die beiden Arbeitssprachen besorgt und führt ein Verzeichnis der gemeldeten Abgeordneten und ihrer Stellvertretung.

### Art. 10

Stimmzählerinnen  
und Stimmzähler

<sup>1</sup> Die Abgeordnetenversammlung wählt aus ihrer Mitte zwei Stimmzählende und zwei Ersatzstimmzählende auf eine Amtdauer von zwei Jahren. Sie können wieder gewählt werden.

<sup>2</sup> Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler sind in Zusammenarbeit mit dem Büro für die formelle Vorbereitung der Wahl- und Abstimmungsgeschäfte der Abgeordnetenversammlung zuständig und stellen deren Ergebnis fest.

### **III. Kommissionen**

#### **A. Ständige Kommissionen**

##### **Art. 11**

Die Abgeordnetenversammlung wählt aus ihrer Mitte

Aufzählung

- a) die Geschäftsprüfungskommission;
- b) die Nominationskommission.

##### **1. Geschäftsprüfungskommission**

###### **Art. 12**

<sup>1</sup> Die Geschäftsprüfungskommission überprüft die Sachgeschäfte der Abgeordnetenversammlung und nimmt, soweit sie nicht darauf verzichtet, dazu Stellung. Wird für ein Geschäft eine vorberatende Kommission der Abgeordnetenversammlung eingesetzt, beschränkt sich die Prüfungspflicht der Geschäftsprüfungskommission auf die finanziellen Aspekte der Vorlage.

Auftrag

<sup>2</sup> Die Geschäftsprüfungskommission prüft den Jahresbericht, die Jahresrechnung und den Voranschlag und nimmt dazu schriftlich zuhanden der Abgeordnetenversammlung Stellung. Die Rechnungskontrolle erfolgt nach den Vorschriften des Finanzreglements.

<sup>3</sup> Die Geschäftsprüfungskommission prüft die Geschäftsführung des Rates und der Geschäftsstelle und kann jederzeit vom Rat Auskünfte verlangen.

###### **Art. 13**

<sup>1</sup> Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus fünf Mitgliedern, die alle verschiedenen Mitgliedkirchen angehören müssen.

Zusammensetzung,  
Wahl und Amtsdauer

<sup>2</sup> Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Nominationskommission für eine Amtsdauer von vier Jahren oder für den Rest der Amtsdauer gewählt. Eine Wiederwahl ist einmal möglich. Bei Mitgliedern, die für den Rest der Amtsdauer gewählt worden sind, erlischt das Mandat nach einer zweiten Wiederwahl bei Ablauf von acht Amtsjahren.

<sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident wird durch die Abgeordnetenversammlung aus der Mitte der Kommission gewählt. Das Mandat darf höchstens vier Jahre ausgeübt werden.

##### **2. Nominationskommission**

###### **Art. 14**

<sup>1</sup> Die Nominationskommission bereitet nach Rücksprache mit dem Rat und in Zusammenarbeit mit dem Büro und den Mitgliedkirchen für sämtliche Wahlgeschäfte der Abgeordnetenversammlung die Nominationen vor. Davon ausgenommen sind die Nominationen für die Stiftungsräte Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz HEKS, Brot für alle BFA und fondia – Stiftung zur Förderung der Gemeindediakonie im SEK.

Auftrag

<sup>2</sup> Bei der Vorbereitung der Wahlgeschäfte sind die beiden Geschlechter, die Mitgliedkirchen und die sprachlichen Regionen möglichst gleichmässig zu berücksichtigen.

<sup>3</sup> Die Mitgliedkirchen und die Abgeordneten können der Nominationskommission jederzeit Vorschläge unterbreiten

### **Art. 15**

Zusammensetzung,  
Wahl und Amtsdauer

<sup>1</sup> Die Nominationskommission besteht aus drei Mitgliedern, die alle verschiedenen Mitgliedkirchen angehören müssen.

<sup>2</sup> Die Mitglieder werden auf Vorschlag des Büros für eine Amtsdauer von vier Jahren oder für den Rest der Amtsdauer gewählt. Eine Wiederwahl ist einmal möglich. Bei Mitgliedern, die für den Rest der Amtsdauer gewählt worden sind, erlischt das Mandat nach einer zweiten Wiederwahl bei Ablauf von acht Amtsjahren.

<sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident wird durch die Abgeordnetenversammlung aus der Mitte der Kommission gewählt. Das Mandat darf höchstens vier Jahre ausgeübt werden.

## **B. Nichtständige Kommissionen**

### **Art. 16**

Einsetzung und  
Auftrag

<sup>1</sup> Zur Vorberatung von Geschäften oder zur Erfüllung und Bearbeitung spezieller Aufgaben kann die Abgeordnetenversammlung nichtständige Kommissionen einsetzen.

<sup>2</sup> Nichtständige Kommissionen bestehen aus drei bis sieben Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung. Die Ernennung der Kommissionsmitglieder und die Bezeichnung des Präsidiums erfolgt nach Rücksprache mit der Nominationskommission durch das Büro, welches die Arbeit der Kommissionen koordiniert und überwacht.

<sup>3</sup> Der Auftrag der nichtständigen Kommissionen wird inhaltlich und mit einem Zeit- und Finanzrahmen durch das Büro umschrieben. Nach Ablauf eines Jahres ist der Abgeordnetenversammlung über den Stand der Arbeiten Bericht zu erstatten.

## **C. Gemeinsame Bestimmungen**

### **Art. 17**

Konstituierung

Die Kommissionen konstituieren sich unter Vorbehalt des Präsidiums selbst.

### **Art. 18**

Beschlussfassung

Die Kommissionen sind nur beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Sie beschliessen durch einfaches Mehr der Anwesenden, wobei bei Schlussabstimmungen Stimmzwang besteht. Bei Stimmgleichheit zählt die Stimme der Präsidentin oder des Präsidenten doppelt.

## **Art. 19**

<sup>1</sup> Bis zum Abschluss der Arbeit an einem Geschäft untersteht die Arbeit in den Kommissionen der Schweigepflicht. Schweigepflicht und Information

<sup>2</sup> Für die Information gegenüber der Öffentlichkeit gilt Art. 3.

## **Art. 20**

<sup>1</sup> Die Kommissionen können im Rahmen ihres Auftrages Fachleute beiziehen. Diese nehmen an den Kommissionssitzungen mit beratender Stimme teil. Fachleute

<sup>2</sup> Für die Schweigepflicht gilt sinngemäss Art. 19.

## **Art. 21**

<sup>1</sup> Die Entschädigung der Kommissionen geht zu Lasten des SEK. Das Spesenreglement erlässt die Geschäftsstelle. Entschädigung

<sup>2</sup> Die Entschädigung der Fachleute erfolgt gemäss separater Vereinbarung durch den SEK.

## **Art. 22**

<sup>1</sup> Den Kommissionen steht als Sekretariat die Geschäftsstelle zur Verfügung. Sekretariat und Protokollführung

<sup>2</sup> Die Sekretärin oder der Sekretär führt ein Beschlussprotokoll; dieses enthält die Namen der an- und abwesenden Kommissionsmitglieder, die Bezeichnung des Beratungsgegenstandes unter Verweisung auf die Akten, die Abstimmungsergebnisse mit Erwähnung der Anträge, die formellen und materiellen Beschlüsse.

<sup>3</sup> Durch Kommissionsbeschluss kann die Sekretärin oder der Sekretär angewiesen werden, für bestimmte Geschäfte oder Traktanden ein Verhandlungsprotokoll zu erstellen.

## **IV. Einberufung und Tagesordnung**

### **Art. 23**

Die Abgeordnetenversammlung wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten einberufen. Die Einberufung nennt Ort, Datum und Zeit der Tagung sowie die zu behandelnden Geschäfte. Einberufung

### **Art. 24**

<sup>1</sup> Das Büro beschliesst nach Rücksprache mit dem Rat über die Traktandenliste und legt die Tagesordnung fest. Traktandenliste und Unterlagen

<sup>2</sup> Die Traktandenliste muss mindestens vier Wochen vorher unter Beilage der zur Beratung stehenden Vorlagen den Mitgliedkirchen und den Abgeordneten zugestellt werden. Die Einladung ergeht auch an die Mitglieder des Rates, an die Konferenzen des SEK sowie zur Information an die Präsidien der KIKO und der CER.

<sup>3</sup> Das Büro entscheidet nach Rücksprache mit dem Rat über weitere Empfängerinnen und Empfänger der Einladung.

#### **Art. 25**

Nachträgliche  
Ergänzung der  
Traktandenliste

Die Präsidentin oder der Präsident nimmt Anmeldungen von dringlichen Geschäften bis zur Behandlung der Traktandenliste an der Abgeordnetenversammlung entgegen und setzt jeweils sofort den Rat und die Geschäftsstelle davon in Kenntnis. Die dringlichen Geschäfte werden der Versammlung erst in der Sitzung bekannt gegeben und nur auf die Traktandenliste genommen, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten damit einverstanden ist.

### **V. Verhandlungen, Abstimmungen und Wahlen**

#### **Art. 26**

Eröffnung

Die Präsidentin oder der Präsident eröffnet die Sitzung und stellt fest, ob die Versammlung beschlussfähig sowie mit der Traktandenliste und der Tagesordnung einverstanden ist.

#### **Art. 27**

Änderung der  
Traktandenliste

Die Umstellung der Traktandenreihenfolge sowie das Absetzen von Traktanden benötigt die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten. Für die Ergänzung von Traktanden gilt Art. 25.

#### **Art. 28**

Stimmrecht und  
Wahlrecht

<sup>1</sup> Das Stimm- und Wahlrecht richtet sich nach der Verfassung.

<sup>2</sup> Die Delegierten mit beratender Stimme oder beschränkten Mitwirkungsrechten (Rede- und Antragsrecht) haben kein Stimm- und Wahlrecht.

#### **Art. 29**

Ausstand

Mitglieder der Abgeordnetenversammlung müssen in den Ausstand treten, wenn sie bei einem Beratungsgegenstand persönlich beteiligt sind. Das gilt nicht bei Wahlen.

#### **Art. 30**

Beratung der  
Geschäfte

<sup>1</sup> Bei jedem Geschäft, das gemäss Traktandenliste zu behandeln ist, erteilt die Präsidentin oder der Präsident vor Eröffnung der Diskussion das Wort,

- a) wenn das Geschäft von einer Kommission vorberaten worden ist, zuerst dem Bericht erstattenden Mitglied der Kommission;
- b) wenn das Geschäft durch den Rat vorbereitet worden ist, zuerst der Sprecherin oder dem Sprecher des Rates;
- c) anschliessend der Vertretung der Geschäftsprüfungskommission.



<sup>2</sup> Bei Wahlen spricht zuerst das Bericht erstattende Mitglied der Nominationskommission, anschliessend können die Abgeordneten weitere Vorschläge unterbreiten.

<sup>3</sup> Für parlamentarische Vorstösse gelten die Art. 43 ff.

### **Art. 31**

<sup>1</sup> Wer zum Geschäft sprechen will, muss sich bei der Präsidentin oder beim Präsidenten melden. Das Wort wird in der Reihenfolge der Anmeldungen erteilt. Abgeordneten, die über den zur Beratung stehenden Gegenstand noch nicht gesprochen haben, steht der Vorrang vor solchen zu, die sich bereits geäussert haben.

Allgemeine  
Diskussion

<sup>2</sup> Die Bericht erstattenden Mitglieder der Kommissionen und des Rates können auch ausserhalb der Wortmeldungsreihe und am Schluss zur Sache sprechen. Werden neue Gesichtspunkte erwogen, kann eine geschlossene Diskussion mittels Ordnungsantrag wieder eröffnet werden.

<sup>3</sup> Um zu Sachgeschäften sprechen zu können, muss die Präsidentin oder der Präsident der Abgeordnetenversammlung das Wort für sich begehren und sich in die Reihe der angemeldeten Rednerinnen und Redner einordnen. Der Vorsitz ist in diesem Falle der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten zu überlassen.

### **Art. 32**

<sup>1</sup> Die Abgeordnetenversammlung kann auf Antrag des Büros beziehungsweise einer Abgeordneten oder eines Abgeordneten für bestimmte Traktanden eine Redezeitbeschränkung beschliessen.

Rededisziplin

<sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident kann Rednerinnen und Rednern das Wort entziehen, wenn diese die Mahnung, zur Sache zu sprechen, missachten.

<sup>3</sup> Erhebt die betroffene Person gegen den Wortentzug Einspruch, so entscheidet die Versammlung ohne Diskussion.

### **Art. 33**

<sup>1</sup> Enthält eine Vorlage verschiedene Anträge oder liegt ein Rechtstext vor, so wird zunächst über die Frage des Eintretens und dann über jeden einzelnen Antrag oder Artikel beraten und beschlossen.

Behandlung der  
Vorlagen

<sup>2</sup> Wird Nichteintreten beschlossen, entfällt die Vorlage.

<sup>3</sup> Wird die Vorlage als Ganze zurückgewiesen, hat der Rat oder die vorberatende Kommission das Geschäft im Sinne der Beratungen zu überarbeiten.

### **Art. 34**

Jeder Zusatz- und Abänderungsantrag ist spätestens vor der Abstimmung bei der Präsidentin oder beim Präsidenten schriftlich einzureichen. Der Text wird sofort vom Sekretariat in die andere Arbeitssprache übersetzt und der Versammlung bekannt gegeben.

Zusatz- und  
Abänderungsanträge

### **Art. 35**

Ordnungsantrag Wird ein Ordnungsantrag gestellt, so wird die materielle Beratung bis zur Erledigung dieses Antrages unterbrochen.

### **Art. 36**

Schluss der Diskussion <sup>1</sup> Die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten kann in jedem Zeitpunkt den Schluss der Diskussion beschliessen.

<sup>2</sup> In diesem Falle wird das Wort nur noch den Abgeordneten erteilt, die bereits vorher darum gebeten und noch nicht zur Sache gesprochen haben, sowie auf Verlangen den Bericht erstattenden Mitgliedern der Kommissionen und des Rates.

<sup>3</sup> Für persönliche Erklärungen gilt Art. 59.

### **Art. 37**

Abstimmungen <sup>1</sup> Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Abstimmungen und legt der Versammlung die Fragestellung vor. Diese wird anschliessend durch ein Mitglied des Vizepräsidiums in der anderen Arbeitssprache vorgelegt. Werden Einwendungen gegen die Abstimmungsart erhoben, so entscheidet die Versammlung sofort.

<sup>2</sup> Die Abstimmungen erfolgen offen durch Handmehr. Es werden bei jeder Vorlage zuerst die befürwortenden und dann die ablehnenden Stimmen aufgerufen, wobei die Stimmberechtigten nur einmal ihre Stimme abgeben dürfen.

<sup>3</sup> Eine Abstimmung erfolgt geheim oder unter Namensaufruf, wenn ein Viertel der anwesenden Abgeordneten dies verlangt.

### **Art. 38**

Verfahren bei mehreren Anträgen <sup>1</sup> Die Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor dem Hauptantrag ins Mehr zu setzen.

<sup>2</sup> Liegen mehr als zwei gleich geordnete Anträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht. Jedes Mitglied kann nur für einen der Anträge stimmen. Wenn kein Antrag die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, fällt derjenige mit der geringsten Stimmenzahl aus der Abstimmung. Auf gleiche Weise wird zwischen den übrig gebliebenen Anträgen abgestimmt, bis einer die absolute Mehrheit erhält.

### **Art. 39**

Schlussabstimmung Wird eine Vorlage mit verschiedenen Anträgen oder Artikeln behandelt, so ist am Schluss der Beratung ohne Diskussion noch eine Abstimmung über die gesamte Vorlage vorzunehmen.

### **Art. 40**

Ergebnis der Abstimmung <sup>1</sup> Bei offenen Abstimmungen stellt die Präsidentin oder der Präsident das Ergebnis fest.

<sup>2</sup> Eine Auszählung der Stimmen durch die Stimmzählenden erfolgt auf Anordnung der Präsidentin, des Präsidenten oder auf Verlangen eines Mitglieds der Abgeordnetenversammlung. Bei Stimmgleichheit gilt der Stichentscheid der Präsidentin oder des Präsidenten.

<sup>3</sup> Bei geheimen Abstimmungen stellen die Stimmzählenden zusammen mit dem Büro das Ergebnis fest.

#### **Art. 41**

<sup>1</sup> Wahlen werden geheim durchgeführt, wenn die Verfassung dies vorschreibt oder wenn seitens der Nominationskommission oder aus der Mitte der Abgeordnetenversammlung mehr Personen vorgeschlagen werden als zu wählen sind.

Wahlen

<sup>2</sup> Die Stimmzählenden stellen gemäss den Bestimmungen der Verfassung das Ergebnis fest. Bei Stimmgleichheit im zweiten Wahlgang entscheidet das Los.

<sup>3</sup> Werden für eine Wahl nicht mehr Personen vorgeschlagen als zu wählen sind, erklärt die Präsidentin oder der Präsident die Vorgeschlagenen als in stiller Wahl gewählt, sofern die Verfassung nicht das geheime Wahlverfahren vorschreibt.

#### **Art. 42**

Im Laufe derselben Tagung kann ein Beschluss in Wiedererwägung gezogen werden, wenn dies von einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten beschlossen wird.

Wiedererwägungs-  
antrag

### **VI. Parlamentarische Vorstösse**

#### **A. Motion und Postulat**

##### **1. Motion**

#### **Art. 43**

Die Motion ist ein selbständiger Antrag, der mit seiner Überweisung den Rat verpflichtet, der Abgeordnetenversammlung zu einem in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Geschäft einen Bericht oder eine Vorlage zu unterbreiten. Mit einer Motion können dem Rat auch verbindliche Weisungen erteilt werden, welche Massnahmen er treffen und zu welchen Geschäften er Anträge stellen muss.

Inhalt

#### **Art. 44**

<sup>1</sup> Die Mitgliedkirchen, die Abgeordneten sowie die Delegierten mit beschränkten Mitwirkungsrechten sind berechtigt, eine Motion einzureichen. Diese muss spätestens acht Wochen vor Beginn der Sitzung, in welcher sie behandelt werden soll, der Präsidentin oder dem Präsidenten in schriftlicher Form übergeben werden. Der Motionstext ist an erster Stelle von der Antrag stellenden Person und anschliessend von allfälligen Mitunterzeichnenden zu unterschreiben. Er muss von einer kurzen schriftlichen Begründung begleitet sein.

Berechtigung und  
Einreichung

<sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident sorgt für die Aufnahme der Motion in die Traktandenliste und für die Bekanntgabe des Textes an die Mitgliedkirchen, an deren Abgeordnete sowie an den Rat. Die Präsidentin oder der Präsident muss der Antrag stellenden Person den Empfang der Motion schriftlich bestätigen.

<sup>3</sup> Für dringlich eingereichte Motionen gilt Art. 25.

#### **Art. 45**

Behandlung

<sup>1</sup> Bei der Behandlung einer Motion ist zuerst der Antrag stellenden Person oder der Vertretung der Mitgliedkirche, welche die Motion eingereicht hat, das Wort zur mündlichen Begründung zu erteilen. Ist die Person daran verhindert, so kann eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter diese Aufgabe übernehmen.

<sup>2</sup> Nach der Antrag stellenden Person erhält der Rat das Wort. Nimmt er die Motion entgegen und wird aus der Mitte der Abgeordnetenversammlung kein Gegenantrag gestellt, so gilt sie als überwiesen. Weitere Personen dürfen in diesem Falle nur dann noch das Wort ergreifen, wenn ausdrücklich Diskussion beschlossen wird.

<sup>3</sup> Spricht sich der Rat oder ein Mitglied der Abgeordnetenversammlung gegen die Überweisung einer Motion aus, ist die Diskussion über das Geschäft ohne weiteres offen. Nach deren Abschluss entscheidet die Abgeordnetenversammlung, ob die Motion überwiesen oder abgelehnt werden soll.

#### **Art. 46**

Bearbeitung und  
Abschreibung

<sup>1</sup> Der Rat hat zu den durch überwiesene Motionen veranlassten Geschäften innert zwei Jahren Bericht und Antrag vorzulegen. Diese Frist kann durch Beschluss der Abgeordnetenversammlung um ein Jahr verlängert werden.

<sup>2</sup> Zu Motionen, die von der Abgeordnetenversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln als dringlich erklärt werden, sind Bericht und Antrag innert Jahresfrist vorzulegen.

<sup>3</sup> Liegt zu einer überwiesenen Motion der schriftliche Bericht und der Antrag des Rates vor, so beschliesst die Abgeordnetenversammlung über das weitere Vorgehen oder die Abschreibung der Motion.

## **2. Postulat**

#### **Art. 47**

Inhalt

Das Postulat ist ein selbstständiger Antrag, mit dessen Überweisung der Rat eingeladen wird, die darin aufgeworfenen Fragen zu prüfen und der Abgeordnetenversammlung Bericht und Antrag zu unterbreiten.

## **Art. 48**

<sup>1</sup> Die Mitgliedkirchen, die Abgeordneten sowie die Delegierten mit beschränkten Mitwirkungsrechten sind berechtigt, ein Postulat einzureichen. Dieses muss spätestens acht Wochen vor Beginn der Sitzung, in welcher es behandelt werden soll, der Präsidentin oder dem Präsidenten in schriftlicher Form übergeben werden. Der Postulatstext ist an erster Stelle von der Antragstellenden Person und anschliessend von allfälligen Mitunterzeichnenden zu unterschreiben. Er muss von einer kurzen schriftlichen Begründung begleitet sein.

Berechtigung und  
Einreichung

<sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident sorgt für die Aufnahme des Postulates in die Traktandenliste und für die Bekanntgabe des Textes an die Mitgliedkirchen und deren Abgeordnete sowie an den Rat. Die Präsidentin oder der Präsident hat der Antragstellenden Person den Empfang des Postulates schriftlich zu bestätigen.

## **Art. 49**

Für die Behandlung des Postulates gilt das gleiche Verfahren wie bei der Motion.

Behandlung

## **Art. 50**

Der Rat erstattet der Abgeordnetenversammlung innert eines Jahres schriftlich oder mündlich darüber Bericht, ob und in welcher Form er dem ihm überwiesenen Postulat zu entsprechen gedenkt oder entsprochen hat. Damit ist das Geschäft erledigt. Eine Diskussion findet nur statt, wenn sie die Abgeordnetenversammlung beschliesst. Die Antragstellende Person kann jedoch immer eine Erklärung abgeben.

Bearbeitung und  
Erledigung

## **B. Gemeinsame Bestimmungen**

### **Art. 51**

Eine Motion kann in ein Postulat umgewandelt werden, falls die Antragstellende Person zustimmt.

Umwandlung

### **Art. 52**

Der Text einer Motion oder eines Postulates darf im Laufe der Beratung nur mit Zustimmung der Antragstellenden Person abgeändert werden.

Textänderungen

### **Art. 53**

Die hängigen Motionen und Postulate werden im Anhang des Jahresberichtes aufgeführt mit einem Vermerk über den Stand des Geschäftes.

Liste der hängigen  
Motionen und  
Postulate

## **C. Interpellation, Kleine Anfrage, Fragestunde, Persönliche Erklärung, Resolution**

### **1. Interpellation**

#### **Art. 54**

Inhalt, Berechtigung,  
Einreichung

<sup>1</sup> Die Mitgliedkirchen, die Abgeordneten sowie die Delegierten mit beschränkten Mitwirkungsrechten können vom Rat über jede in den Aufgabenkreis des SEK fallende Angelegenheit durch eine Interpellation Auskunft verlangen.

<sup>2</sup> Eine solche Anfrage kann der Präsidentin oder dem Präsidenten der Abgeordnetenversammlung jederzeit schriftlich formuliert eingereicht werden. Es soll ihr eine kurze schriftliche Begründung zuhanden des Rates beigefügt werden.

<sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident sorgt für die Aufnahme der Interpellation in die Traktandenliste und für die Bekanntgabe des Interpellationstextes an die Mitgliedkirchen beziehungsweise deren Abgeordnete und an den Rat. Die Präsidentin oder der Präsident hat den Empfang der Interpellation schriftlich zu bestätigen.

#### **Art. 55**

Behandlung

<sup>1</sup> Die Interpellation ist an der nächsten Abgeordnetenversammlung zu beantworten. Wird eine Interpellation weniger als vier Wochen zuvor eingereicht, kommt sie an der nächsten Abgeordnetenversammlung nur zur Behandlung, wenn sie von den anwesenden Abgeordneten mit einer Zweidrittelmehrheit für dringlich erklärt wird.

<sup>2</sup> Die Interpellation ist mündlich zu begründen, worauf sie vom Rat beantwortet wird.

<sup>3</sup> Nach der Beantwortung der Interpellation findet eine Diskussion nur statt, wenn die Abgeordnetenversammlung eine solche beschliesst. Die Interpellantin oder der Interpellant erhält jedoch immer das Wort zur Erklärung, ob sie oder er von der erhaltenen Auskunft befriedigt sei oder nicht.

<sup>4</sup> Eine Beschlussfassung oder Abstimmung über die von der Interpellation betroffene Frage ist nicht zulässig.

### **2. Kleine Anfrage**

#### **Art. 56**

Inhalt, Berechtigung,  
Einreichung,  
Beantwortung

<sup>1</sup> Die Mitgliedkirchen, die Abgeordneten sowie die Delegierten mit beschränkten Mitwirkungsrechten können der Präsidentin oder dem Präsidenten jederzeit schriftlich Kleine Anfragen über Angelegenheiten einreichen, die in den Aufgabenkreis des SEK fallen. Ihr Wortlaut wird dem Rat zur Kenntnis gebracht.

<sup>2</sup> Der Rat teilt die Kleine Anfrage gleichzeitig mit seiner Antwort innert drei Monaten den Mitgliedkirchen, den Abgeordneten sowie den Delegierten mit beschränkten Mitwirkungsrechten schriftlich mit.

<sup>3</sup> Eine Diskussion findet nicht statt.

### 3. Fragestunde

#### Art. 57

Zur Beantwortung aktueller Fragen durch den Rat findet in jeder ordentlichen Abgeordnetenversammlung eine Fragestunde statt.

Inhalt

#### Art. 58

<sup>1</sup> Bis zehn Tage vor Beginn der Versammlung nimmt die Präsidentin oder der Präsident der Abgeordnetenversammlung von Abgeordneten und Delegierten mit beschränkten Mitwirkungsrechten kurze schriftliche Fragen entgegen, leitet diese unverzüglich an den Rat weiter und sorgt für deren Auflage an der Versammlung.

Berechtigung,  
Einreichung,  
Beantwortung

<sup>2</sup> Der Rat antwortet mündlich. Wenn er ein Thema als zu umfangreich erachtet, kann er die Fragestellerin oder den Fragesteller auf den Weg der Interpellation oder der Kleinen Anfrage verweisen.

<sup>3</sup> Die Fragestellerin oder der Fragesteller ist berechtigt, eine sachbezogene Zusatzfrage zu stellen und abschliessend eine knappe Erklärung abzugeben. Eine Diskussion findet nicht statt.

### 4. Persönliche Erklärung

#### Art. 59

Alle Teilnehmenden der Abgeordnetenversammlung haben das Recht auf eine kurze Erklärung. Diese ist bei der Präsidentin oder beim Präsidenten mit Inhaltsangabe anzumelden.

Anmeldung

### 5. Resolution

#### Art. 60

Resolutionen sind Erklärungen des SEK an die Öffentlichkeit, an einzelne Kreise oder an Behörden zu bestimmten Fragen oder Geschehnissen.

Inhalt

#### Art. 61

<sup>1</sup> Die Mitgliedkirchen, die Abgeordneten, die Delegierten mit beschränkten Mitwirkungsrechten sowie der Rat können der Präsidentin oder dem Präsidenten bis acht Wochen vor Beginn der Abgeordnetenversammlung schriftlich formulierte Anträge für den Beschluss einer Resolution einreichen. Ihr Wortlaut wird den Mitgliedkirchen und deren Abgeordneten sowie dem Rat zur Kenntnis gebracht.

Berechtigung,  
Einreichung und  
Fristen

<sup>2</sup> Dringlich eingereichte Resolutionsanträge werden gemäss Art. 25 behandelt.

#### Art. 62

<sup>1</sup> Bei der Behandlung der Resolution wird der Antrag stellenden Person das Wort zur Begründung erteilt.

Behandlung

<sup>2</sup> Eine Diskussion findet nur statt, wenn die Resolution bestritten wird oder textliche Änderungen vorgeschlagen werden. Änderungen des Resolutionstextes können auch ohne Zustimmung der Antrag stellenden Person beschlossen werden.

<sup>3</sup> Für das Zustandekommen einer Resolution bedarf es der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten.

## **VII. Protokoll, Korrespondenz und Ausfertigung der Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung**

### **Art. 63**

Protokoll

<sup>1</sup> Die Sekretärin oder der Sekretär führt ein Verhandlungsprotokoll. Es enthält den wesentlichen Inhalt der Voten, die gestellten Anträge, die gefassten Beschlüsse, die Namen der gewählten Personen sowie die Wahl- und Abstimmungsergebnisse. Die Anträge und Beschlüsse sowie die Wahl- und Abstimmungsergebnisse werden in Deutsch und Französisch aufgeführt, die Verhandlungsvoten in der jeweiligen Sprache protokolliert.

<sup>2</sup> Das Protokoll wird vom Büro geprüft und der nächsten Abgeordnetenversammlung zur Genehmigung unterbreitet.

### **Art. 64**

Redaktion und  
Unterzeichnung

<sup>1</sup> Das Büro redigiert die gefassten Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung.

<sup>2</sup> Ergeben sich bei der Zusammenstellung der Beschlüsse sachliche Widersprüche, so hat das Büro hierüber der Abgeordnetenversammlung einen Bericht mit Antrag zu unterbreiten.

<sup>3</sup> Die Protokolle und die Schreiben der Abgeordnetenversammlung sowie die erlassenen Beschlüsse und Reglemente werden von der Präsidentin oder vom Präsidenten und von der Sekretärin oder dem Sekretär der Abgeordnetenversammlung unterzeichnet.

## **VIII. Schlussbestimmung**

### **Art. 65**

Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Es ersetzt das Reglement der Abgeordnetenversammlung des SEK vom 24. Januar 1972 sowie das Reglement für die Kommissionen des SEK vom 23. Januar 1976.

Bern, 7. November 2005

Für die Abgeordnetenversammlung des  
Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes

Die Präsidentin                      Der Sekretär

Dorothea Leicht-Forster      Theo Schaad



## **Règlement de l'Assemblée des délégués de la Fédération des Églises protestantes de Suisse**

L'Assemblée des délégués, sur la base de la Constitution de la Fédération des Églises protestantes de Suisse du 12 juin 1950, promulgue le règlement ci-dessous :

Préambule

### **I. Généralités**

#### **Art. 1**

La Constitution de la Fédération des Églises protestantes de Suisse (ci-après FEPS) est déterminante pour ce qui concerne la composition de l'Assemblée des délégués, la date et le lieu des sessions, l'élection des délégués et des déléguées, leurs attributions et le droit de vote.

Base  
constitutionnelle

#### **Art. 2**

Le mode d'élection, la durée du mandat et le défraiement des délégués et des déléguées et de leurs remplaçants ou remplaçantes s'effectuent selon les dispositions des Églises membres qu'ils représentent.

Délégués et  
déléguées

#### **Art. 3**

Le Bureau, d'entente avec le Conseil, détermine le contenu, la forme et le moment de la publication de l'ordre du jour, des documents préparatoires et des décisions.

Communication sur  
les sessions

#### **Art. 4**

<sup>1</sup> Les débats de l'Assemblée des délégués sont publics.

Publicité des débats

<sup>2</sup> L'Assemblée peut décider à la majorité de deux tiers de siéger à huis clos.

<sup>3</sup> Les délégués et déléguées et le Conseil prennent part aux délibérations à huis clos.

#### **Art. 5**

Les délibérations de l'Assemblée des délégués débutent par un moment de recueillement. Lorsqu'une session dure plusieurs jours, un service religieux est organisé.

Recueillement et  
service religieux

#### **Art. 6**

Les langues de travail sont l'allemand et le français.

Langues de travail

## II. Bureau, Secrétariat, scrutateurs et scrutatrices

### Art. 7

Composition,  
durée du mandat,  
défraiement

<sup>1</sup> Le Bureau est constitué du président ou de la présidente et de deux personnes chargées d'assumer la vice-présidence, nommé(e)s par l'Assemblée des délégués en son sein pour deux ans. Le président ou la présidente ne peut être réélu(e) au terme de son mandat de deux ans. Les personnes assumant la vice-présidence ne peuvent être réélues qu'à une seule reprise.

<sup>2</sup> Les deux langues de travail ainsi que les deux sexes sont représentés au sein du Bureau.

<sup>3</sup> Le directeur du Secrétariat ou la directrice du Secrétariat nommé(e) par le Conseil est secrétaire de l'Assemblée des délégués et prend part aux séances du Bureau avec voix consultative.

<sup>4</sup> La FEPS indemnise les membres du Bureau.

### Art. 8

Compétences

<sup>1</sup> Incombent au Bureau les tâches attribuées par l'Assemblée des délégués, notamment celle de coordonner les travaux de l'Assemblée des délégués avec les Commissions, le Secrétariat et le Conseil.

<sup>2</sup> En ce qui concerne le devoir de confidentialité, l'art. 19 est applicable par analogie.

### Art. 9

Secrétariat

<sup>1</sup> Le secrétariat du Bureau est assuré par le Secrétariat de la FEPS.

<sup>2</sup> Incombent au Secrétariat les tâches attribuées par l'Assemblée des délégués, notamment l'organisation administrative de celle-ci. Le Secrétariat se charge de la traduction des décisions de l'Assemblée, des propositions et des documents préparatoires dans les deux langues de travail ; il gère le registre des délégués et des déléguées inscrits et de leurs remplaçants ou remplaçantes.

### Art. 10

Scrutateurs ou  
scrutatrices

<sup>1</sup> L'Assemblée des délégués nomme deux scrutateurs ou scrutatrices ainsi que deux scrutateurs ou scrutatrices remplaçant(e)s pour une durée de deux ans, qui sont rééligibles.

<sup>2</sup> Les scrutateurs et scrutatrices sont responsables, conjointement au Bureau, de la préparation formelle des élections et des votations de l'Assemblée des délégués, dont ils valident le résultat.

### **III. Commissions**

#### **A. Commissions permanentes**

##### **Art. 11**

L'Assemblée des délégués élit en son sein

Liste

a) la Commission d'examen de la gestion

b) la Commission de nomination

##### **1. Commission d'examen de la gestion**

##### **Art. 12**

<sup>1</sup> La Commission d'examen de la gestion examine les affaires de l'Assemblée des délégués. Pour autant qu'elle n'y renonce pas, elle prend position. Si une commission préparatoire est instituée, les obligations de la Commission d'examen de la gestion se limitent à l'examen des aspects financiers de l'objet traité.

Mandat

<sup>2</sup> La Commission d'examen de la gestion examine le rapport d'activité, les comptes annuels et le budget. Ses avis sont présentés par écrit à l'Assemblée des délégués. La vérification des comptes se fait conformément aux dispositions du Règlement des finances.

<sup>3</sup> La Commission d'examen de la gestion examine la gestion du Conseil et du Secrétariat et peut demander des informations au Conseil en tout temps.

##### **Art. 13**

<sup>1</sup> La Commission d'examen de la gestion se compose de cinq membres, appartenant à cinq Églises membres différentes.

Composition,  
nomination et  
durée du mandat

<sup>2</sup> Les membres sont élus, sur proposition de la Commission de nomination, pour une durée de quatre ans ou pour le reste d'un mandat. Une réélection est possible à une reprise. Le mandat des membres qui ont été élus pour le reste d'un mandat prend fin après la deuxième réélection, au terme de huit ans de mandat.

<sup>3</sup> Le président ou la présidente de la Commission d'examen de la gestion est nommé(e) au sein de celle-ci par l'Assemblée des délégués. Il ou elle peut exercer son mandat de président au maximum pendant quatre ans.

##### **2. Commission de nomination**

##### **Art. 14**

<sup>1</sup> La Commission de nomination, d'entente avec le Conseil, prépare les nominations de toutes les élections ayant lieu à l'Assemblée des délégués. Elle collabore pour ce faire avec le Bureau et les Églises membres. En sont exclues les nominations qui concernent les conseils de fondation respectivement de l'Entraide Protestante Suisse EPER, de Pain pour le prochain PPP et de fondia – Fondation pour la promotion de la diaconie communautaire dans le cadre de la FEPS.

Mandat

<sup>2</sup> La préparation des élections tient équitablement compte des deux sexes, des Églises membres et des régions linguistiques.

<sup>3</sup> Les Églises membres et les délégués et déléguées peuvent soumettre des propositions à la Commission de nomination en tout temps.

### **Art. 15**

Composition,  
nomination et  
durée du mandat

<sup>1</sup> La Commission de nomination se compose de trois membres, appartenant à trois Églises membres différentes.

<sup>2</sup> Les membres sont élus, sur proposition du Bureau, pour une durée de quatre ans ou pour le reste d'un mandat. Une réélection est possible à une reprise. Le mandat des membres qui ont été élus pour le reste d'un mandat prend fin après la deuxième réélection, au terme de huit ans de mandat.

<sup>3</sup> Le président ou la présidente de la Commission de nomination est nommé(e) au sein de celle-ci par l'Assemblée des délégués. Son mandat ne peut dépasser quatre ans.

### **B. Commissions temporaires**

#### **Art. 16**

Institution et mandat

<sup>1</sup> L'Assemblée des délégués peut instituer des commissions temporaires pour l'examen et l'accomplissement de tâches spécifiques.

<sup>2</sup> Ces commissions temporaires se composent de trois à sept membres de l'Assemblée des délégués, nommés, comme le président ou la présidente, par le Bureau, d'entente avec la Commission de nomination. Le Bureau surveille et coordonne leur travail.

<sup>3</sup> Le Bureau attribue aux commissions temporaires un mandat, un cadre temporel et financier. Celles-ci doivent rendre compte de l'avancement de leurs travaux à l'Assemblée des délégués au terme d'une année de mandat.

### **C. Dispositions communes**

#### **Art. 17**

Constitution

Les commissions se constituent elles-mêmes, à l'exception de la présidence.

#### **Art. 18**

Quorum

Les commissions ne peuvent prendre valablement des décisions que lorsque la majorité de leurs membres sont présents. Les décisions sont prises à la majorité simple des membres présents, le vote final est obligatoire. En cas d'égalité des voix, celle du président ou de la présidente compte double.

### **Art. 19**

<sup>1</sup> Les travaux des commissions sont confidentiels jusqu'à leur terme.

Confidentialité et information

<sup>2</sup> L'art. 3 définit le mode d'information du public.

### **Art. 20**

<sup>1</sup> Dans le cadre de leur mandat, les commissions peuvent faire appel à des experts. Ceux-ci participent aux séances de commissions avec voix consultative.

Experts

<sup>2</sup> En ce qui concerne le devoir de confidentialité, l'art. 19 est applicable par analogie.

### **Art. 21**

<sup>1</sup> La FEPS indemnise les membres des commissions. Le Secrétariat édicte un règlement ad hoc.

Défraiement

<sup>2</sup> Une convention séparée détermine la rémunération des experts par la FEPS.

### **Art. 22**

<sup>1</sup> Le secrétariat des commissions est assuré par le Secrétariat de la FEPS.

Secrétariat et procès-verbal

<sup>2</sup> Le ou la secrétaire dresse le procès-verbal des décisions. Le procès-verbal mentionne le nom des personnes présentes et des personnes absentes, l'objet des délibérations avec renvoi aux documents, le résultat des votes avec mention des propositions, les décisions sur les questions de forme et de fond.

<sup>3</sup> Sur décision de la commission, le ou la secrétaire peut être invité(e) à dresser, de cas en cas, un procès-verbal des délibérations.

## **IV. Convocation et ordre du jour**

### **Art. 23**

L'Assemblée des délégués est convoquée par le président ou la présidente. La convocation indique la date, l'heure et le lieu de l'assemblée des délégués, ainsi que les affaires à traiter.

Convocation

### **Art. 24**

<sup>1</sup> Le Bureau détermine l'ordre du jour d'entente avec le Conseil.

Ordre du jour et documents préparatoires

<sup>2</sup> L'ordre du jour, accompagné des documents préparatoires, doit parvenir aux Églises membres et à leurs délégués et déléguées au moins quatre semaines à l'avance. La convocation est également adressée aux membres du Conseil, aux Conférences de la FEPS, ainsi qu'à la présidence de la KIKO et de la CER pour information.

<sup>3</sup> Le Bureau, d'entente avec le Conseil de la FEPS, détermine d'autres destinataires possibles.

## **Art. 25**

Compléments  
apportés à  
l'ordre du jour

Des affaires urgentes peuvent être annoncées au président ou à la présidente jusqu'à l'examen de l'ordre du jour par l'Assemblée des délégués. Il ou elle les transmet immédiatement au Conseil et au Secrétariat. Les affaires urgentes sont portées à la connaissance de l'Assemblée des délégués en début de séance. Elles ne sont traitées que si la majorité des deux tiers des délégués et des déléguées présents acceptent de le faire.

## **V. Délibérations, votations et élections**

### **Art. 26**

Ouverture

Le président ou la présidente ouvre la séance. Il ou elle vérifie que le quorum est atteint et que l'Assemblée des délégués accepte l'ordre du jour.

### **Art. 27**

Modification de  
l'ordre du jour

L'Assemblée des délégués peut apporter des modifications à l'ordre du jour et en radier des objets, à la majorité des délégués et des déléguées présents. Quant aux compléments apportés à l'ordre du jour, l'art. 25 est applicable.

### **Art. 28**

Droit de vote

<sup>1</sup> Le droit de vote est défini par la Constitution de la FEPS.

<sup>2</sup> Les délégués et déléguées avec voix consultative et ceux dont le droit d'intervention est limité (droit de parole et de proposition) n'ont pas le droit de participer aux élections et aux votations.

### **Art. 29**

Récusation

Les membres de l'Assemblée des délégués personnellement impliqués dans une affaire s'abstiennent lors des délibérations. Cette clause ne vaut pas pour les élections.

### **Art. 30**

Déroulement des  
débat

<sup>1</sup> Pour chaque objet de l'ordre du jour, avant d'ouvrir les délibérations, le président ou la présidente donne la parole dans l'ordre suivant :

- a) lorsqu'il s'agit d'un objet préparé par une commission, au rapporteur ou à la rapporteuse de la commission pour commencer ;
- b) lorsqu'il s'agit d'un objet préparé par le Conseil, au porte-parole du Conseil pour commencer ;
- c) ensuite au rapporteur ou à la rapporteuse de la Commission d'examen de la gestion.

<sup>2</sup> Lors des élections, le rapporteur ou la rapporteuse de la Commission de nomination prend la parole en premier ; les délégués et déléguées peuvent ensuite faire des propositions.

<sup>3</sup> Lorsqu'il s'agit d'interventions parlementaires, les articles 43 et suivants sont applicables.

### **Art. 31**

<sup>1</sup> Quiconque désire s'exprimer s'annonce au président ou à la présidente, qui donne la parole à ces personnes dans l'ordre de leur inscription. Toutefois, les délégués et déléguées qui ne se sont pas encore exprimés sur l'objet en délibération ont la préséance sur ceux qui ont déjà pris la parole sur le même sujet.

Discussion générale

<sup>2</sup> Les rapporteurs et rapporteuses des commissions et du Conseil peuvent aussi intervenir sur un sujet sans tenir compte de l'ordre d'inscription ou à la fin de la discussion. Si de nouveaux points de vue sont présentés, une discussion déjà close peut être rouverte par le biais d'une motion d'ordre.

<sup>3</sup> Si le président ou la présidente de l'Assemblée des délégués désire exprimer un avis sur un objet en délibération, il ou elle peut demander la parole. Il ou elle est alors inscrit(e) sur la liste des orateurs et oratrices et laisse dans ce cas la présidence au vice-président ou à la vice-présidente.

### **Art. 32**

<sup>1</sup> À la demande du Bureau ou d'un délégué ou d'une déléguée, l'Assemblée des délégués peut décider de limiter le temps de parole consacré à certains objets figurant à l'ordre du jour.

Temps de parole et discipline

<sup>2</sup> Le président ou la présidente peut retirer la parole aux orateurs et oratrices qui ne tiennent pas compte de son avertissement de se limiter au sujet.

<sup>3</sup> En cas de contestation, l'Assemblée des délégués tranche sans délibérer.

### **Art. 33**

<sup>1</sup> Lorsqu'une proposition est rédigée en plusieurs articles, ou lorsqu'un texte juridique est débattu, l'entrée en matière est discutée et votée, puis la délibération et la décision ont lieu article par article.

Procédure

<sup>2</sup> En cas de non-entrée en matière, l'objet est écarté.

<sup>3</sup> Si l'objet est renvoyé, le Conseil ou la commission préparatoire doit le retravailler en tenant compte des délibérations.

### **Art. 34**

Tout amendement doit être communiqué par écrit au président ou à la présidente, avant le vote au plus tard. Le président ou la présidente le fait aussitôt traduire par le Secrétariat dans l'autre langue de travail, et en donne connaissance à l'Assemblée des délégués.

Amendements

### **Art. 35**

Si une motion d'ordre est déposée, les délibérations sont suspendues jusqu'à la décision relative à la motion d'ordre.

Motion d'ordre

### **Art. 36**

- Clôture des débats
- <sup>1</sup> L'Assemblée des délégués peut décider de clore les délibérations à tout moment. La décision en est prise à la majorité des délégués et des déléguées présents.
- <sup>2</sup> Dans ce cas, la parole est encore donnée uniquement aux délégués et aux déléguées inscrits avant le vote et qui ne se sont pas encore exprimés sur le sujet, ainsi qu'aux rapporteurs et rapporteuses des commissions et du Conseil s'ils en font la demande.
- <sup>3</sup> Lorsqu'il s'agit de déclarations personnelles, l'article 59 est applicable.

### **Art. 37**

- Votations
- <sup>1</sup> Le président ou la présidente dirige la procédure de vote et soumet les questions à l'Assemblée des délégués. Celles-ci sont présentées dans l'autre langue par l'une des personnes assumant la vice-présidence. Si des objections sont faites à propos de la procédure de vote, l'Assemblée des délégués tranche immédiatement.
- <sup>2</sup> Le vote se fait à main levée. Les voix soutenant une proposition s'expriment avant les voix la combattant. Les votants ne peuvent donner leur voix qu'une seule fois.
- <sup>3</sup> Si un quart des délégués et des déléguées présents le demandent, la votation s'effectue à bulletin secret ou à l'appel nominal.

### **Art. 38**

- Ordre des votes
- <sup>1</sup> Sont soumis au vote d'abord les sous-amendements, puis les amendements et les propositions principales.
- <sup>2</sup> Lorsqu'il y a plus de deux propositions équivalentes concernant le même point, elles sont soumises au vote toutes ensemble. Chaque personne votant ne peut s'exprimer que sur une seule d'entre elles. Si aucune proposition n'obtient la majorité absolue, celle qui a obtenu le moins de voix est éliminée. La même procédure s'applique à nouveau jusqu'à ce que l'une des propositions obtienne la majorité absolue.

### **Art. 39**

- Vote final
- Lorsqu'un objet comprend plusieurs propositions ou articles et qu'il est traité proposition par proposition ou article par article, un vote d'ensemble a lieu à la fin des délibérations, sans discussion.

### **Art. 40**

- Résultats du vote
- <sup>1</sup> Lorsque le scrutin a lieu à main levée, le président ou la présidente en valide le résultat.
- <sup>2</sup> Sur ordre du président ou de la présidente, ou à la demande d'un délégué ou d'une déléguée, les voix sont comptées par les scrutateurs et scrutatrices. En cas d'égalité, la décision du président ou de la présidente est déterminante.



<sup>3</sup> Lorsque le vote s'effectue à bulletin secret, les scrutateurs sont chargés d'en valider le résultat conjointement au Bureau.

#### **Art. 41**

<sup>1</sup> Les élections se déroulent à bulletin secret dans les cas prévus par la Constitution de la FEPS, ou si la Commission de nomination ou l'Assemblée des délégués propose plus de candidats ou de candidates que de postes à repourvoir.

Élections

<sup>2</sup> Les scrutateurs et scrutatrices comptent les voix et valident le résultat du scrutin selon la Constitution. S'il y a égalité de voix au second tour d'une élection, on procède par tirage au sort.

<sup>3</sup> Si les candidats ou candidates ne sont pas plus nombreux que les sièges à repourvoir, le président ou la présidente les déclare élus tacitement, pour autant que la Constitution ne prescrive pas une élection à bulletin secret.

#### **Art. 42**

Une décision prise peut être réexaminée au cours de la même session, si la majorité des deux tiers des délégués et des déléguées présents en décide ainsi.

Réexamen

### **VI. Interventions parlementaires**

#### **A. Motion et postulat**

##### **1. Motion**

#### **Art. 43**

La motion est une proposition indépendante faisant obligation au Conseil, lorsqu'elle est acceptée, de présenter un rapport ou un projet de résolution à l'Assemblée des délégués sur un objet ressortissant aux compétences de cette dernière. La motion peut également servir à donner des instructions contraignantes au Conseil, comprenant les mesures à prendre et les propositions à faire à propos de certaines affaires.

Définition

#### **Art. 44**

<sup>1</sup> Les Églises membres, les délégués et déléguées, ainsi que les délégués et déléguées dont le droit d'intervention est limité peuvent déposer une motion. Celle-ci doit parvenir au président ou à la présidente, sous forme écrite, au plus tard huit semaines avant le début de la session au cours de laquelle elle sera discutée. Le texte de la motion doit être signé par l'auteur de la motion et d'éventuels cosignataires. Il doit être accompagné d'un bref exposé écrit des motifs.

Habilitation et dépôt

<sup>2</sup> Le président ou la présidente prend les mesures nécessaires à l'inscription de la motion à l'ordre du jour et à la diffusion de son texte aux Églises membres, à leurs délégués et déléguées et au Conseil. Le président ou la présidente adresse à l'auteur de la motion un accusé de réception écrit.

<sup>3</sup> Les motions déposées tardivement sont traitées conformément aux dispositions de l'art. 25.

#### **Art. 45**

Procédure

<sup>1</sup> Lors de la discussion d'une motion, la parole est d'abord donnée à l'auteur de la motion ou à une personne représentant l'Église qui a déposé ladite motion, afin qu'il ou elle expose oralement ses motifs. Au cas où la personne concernée en serait empêchée, elle peut être remplacée par un autre délégué ou une autre déléguée.

<sup>2</sup> Après l'auteur de la motion, la parole est donnée au Conseil. Si celui-ci accepte la motion, et si aucune proposition contraire n'émane de l'Assemblée des délégués, la motion est considérée comme acceptée. La parole n'est donnée à d'autres orateurs ou oratrices que dans la mesure où la discussion a été décidée expressément.

<sup>3</sup> Si le Conseil ou un délégué ou une déléguée n'accepte pas la motion, les délibérations sont ouvertes. A la clôture des débats, l'Assemblée des délégués accepte ou rejette la motion.

#### **Art. 46**

Délibérations et classement

<sup>1</sup> Lorsqu'une motion est acceptée, le Conseil présente un rapport et un projet de résolution sur les affaires qui en sont l'objet dans un délai de deux ans. L'Assemblée des délégués peut prolonger ce délai d'un an.

<sup>2</sup> Si une motion est considérée comme urgente par l'Assemblée des délégués à la majorité des deux tiers, le rapport et la proposition de résolution sont à présenter dans un délai d'un an.

<sup>3</sup> Lorsqu'un projet de résolution et un rapport écrits sont présentés par le Conseil à propos d'une motion qui a été acceptée par l'Assemblée des délégués, celle-ci décide de la suite à y donner ou de la classer.

## **2. Postulat**

#### **Art. 47**

Définition

Le postulat est une proposition indépendante qui invite le Conseil, lorsqu'elle est acceptée, à examiner l'affaire qui en fait l'objet et à présenter un rapport et un projet de résolution à l'Assemblée des délégués.

#### **Art. 48**

<sup>1</sup> Les Églises membres, les délégués et déléguées, ainsi que les délégués et déléguées dont le droit d'intervention est limité peuvent déposer un postulat. Celui-ci doit parvenir au président ou à la présidente, sous forme écrite, au plus tard huit semaines avant le début de la session au cours de laquelle il sera discuté. Le texte du postulat doit être signé par son auteur et d'éventuels cosignataires. Il doit être accompagné d'un bref exposé écrit des motifs.

Habilitation et dépôt

<sup>2</sup> Le président ou la présidente prend les mesures nécessaires à l'inscription du postulat à l'ordre du jour et à la diffusion de son texte aux Églises membres, à leurs délégués et déléguées, ainsi qu'au Conseil. Le président ou la présidente adresse à l'auteur du postulat un accusé de réception écrit.

#### **Art. 49**

La procédure applicable au traitement du postulat est la même que pour la motion.

Procédure

#### **Art. 50**

Le Conseil présente un rapport, oral ou écrit, dans un délai d'un an, indiquant si et de quelle manière il envisage de donner suite au postulat ou s'il y a déjà fait droit. L'affaire est alors liquidée. Des délibérations n'ont lieu que si l'Assemblée des délégués le décide. L'auteur du postulat peut néanmoins faire une déclaration.

Délibérations et classement

### **B. Dispositions communes**

#### **Art. 51**

Une motion peut être convertie en postulat si l'auteur de la motion donne son accord.

Conversion

#### **Art. 52**

Le texte d'une motion ou d'un postulat ne peut être modifié, lors des délibérations, qu'avec l'accord de son auteur.

Modification de texte

#### **Art. 53**

Les motions et postulats en cours d'examen sont énumérés en annexe au rapport annuel du Conseil, avec indication de l'avancement des travaux.

Motions et postulats en cours d'examen

## **C. Interpellation, petite question, heure des questions, déclaration personnelle, résolution**

### **1. Interpellation**

#### **Art. 54**

Objet, habilitation,  
dépôt

<sup>1</sup> Les Églises membres, les délégués et déléguées, ainsi que les délégués et déléguées dont le droit d'intervention est limité peuvent exiger du Conseil, par une interpellation, des renseignements sur toute question relevant de la compétence de la FEPS.

<sup>2</sup> Une interpellation peut être remise par écrit au président ou à la présidente en tout temps. Un court exposé écrit des motifs doit l'accompagner à l'attention du Conseil.

<sup>3</sup> Le président ou la présidente fait inscrire l'interpellation à l'ordre du jour et donne connaissance de son texte aux Églises membres, à leurs délégués et déléguées, ainsi qu'au Conseil. Le président ou la présidente en accuse réception par écrit.

#### **Art. 55**

Procédure

<sup>1</sup> L'interpellation est traitée à l'Assemblée des délégués suivante. Si elle a été déposée moins de quatre semaines auparavant, elle n'y sera examinée qu'à condition que les délégués et déléguées présents la déclarent urgente à la majorité des deux tiers.

<sup>2</sup> L'interpellation est développée oralement, avant que le porte-parole du Conseil n'y réponde.

<sup>3</sup> Après qu'on a répondu à l'interpellation, des délibérations n'ont lieu que si l'Assemblée des délégués en décide ainsi. L'interpellant prend la parole pour dire s'il est satisfait ou non des renseignements fournis.

<sup>4</sup> Ne sont admises ni résolution ni votation sur l'affaire faisant l'objet de l'interpellation.

### **2. Petite question**

#### **Art. 56**

Objet, habilitation,  
dépôt, réponse

<sup>1</sup> Les Églises membres, les délégués et déléguées, ainsi que les délégués et déléguées dont le droit d'intervention est limité peuvent en tout temps poser au président ou à la présidente de petites questions sur des objets relevant de la compétence de la FEPS. Leur teneur est portée à la connaissance du Conseil.

<sup>2</sup> Le Conseil communique par écrit, simultanément à sa réponse, le texte de la question et sa réponse aux Églises membres, aux délégués et aux déléguées, ainsi qu'aux délégués et aux déléguées dont le droit d'intervention est limité.

<sup>3</sup> Les petites questions ne font pas l'objet de délibérations.

### 3. Heure des questions

#### Art. 57

Lors de chaque Assemblée des délégués ordinaire, un certain temps (« heure des questions ») est réservé, au cours duquel le Conseil répond aux questions en rapport avec l'actualité.

Objet

#### Art. 58

<sup>1</sup> Les délégués et déléguées, ainsi que ceux dont le droit d'intervention est limité ont jusqu'à dix jours avant la session pour remettre au président ou à la présidente de brèves questions écrites. Celui-ci les transmet aussitôt au Conseil et veille à ce qu'elles soient présentées à l'Assemblée des délégués.

Habilitation, dépôt, réponse

<sup>2</sup> Le Conseil répond oralement. Si l'affaire est trop vaste, il peut suggérer à la personne qui a posé la question d'utiliser la voie de l'interpellation ou de la petite question.

<sup>3</sup> La personne qui a pris la parole peut poser une question factuelle supplémentaire et faire une brève déclaration personnelle. Il n'y a pas délibération.

### 4. Déclaration personnelle

#### Art. 59

Toute personne participant à l'Assemblée des délégués peut faire une brève déclaration. Elle l'annonce au président ou à la présidente, en indiquant brièvement le sujet.

Objet et inscription

### 5. Résolution

#### Art. 60

Les résolutions sont des prises de position de la FEPS sur certaines questions ou certains événements, adressées à l'opinion publique, à certains milieux ou aux autorités.

Objet

#### Art. 61

<sup>1</sup> Les Églises membres, les délégués et déléguées, les délégués et déléguées dont le droit d'intervention est limité, ainsi que le Conseil peuvent déposer une demande de résolution. Celle-ci doit parvenir au président ou à la présidente, sous forme écrite, au plus tard huit semaines avant le début de la session au cours de laquelle elle sera discutée. La teneur de la résolution est communiquée aux Églises membres, aux délégués et aux déléguées et au Conseil.

Habilitation, dépôt et délai

<sup>2</sup> Les propositions de résolutions déposées tardivement sont traitées conformément aux dispositions de l'art. 25.

## **Art. 62**

Procédure

<sup>1</sup> La résolution est précédée d'un exposé des motifs présenté oralement par le premier signataire.

<sup>2</sup> Des délibérations n'ont lieu que si la résolution est combattue ou si des modifications de son texte sont proposées. Des modifications peuvent être apportées sans l'accord de son auteur.

<sup>3</sup> La résolution doit être acceptée par la majorité des deux tiers des délégués et des déléguées présents pour qu'elle aboutisse.

## **VII. Procès-verbal, correspondance et rédaction des décisions de l'Assemblée des délégués**

### **Art. 63**

Procès-verbal

<sup>1</sup> Le Secrétariat dresse procès-verbal des débats. Il rapporte l'essentiel du contenu des interventions, les propositions faites, les décisions prises, le nom des personnes élues et le résultat des votations. Les propositions, les décisions et le résultat des élections et des votations sont consignés dans le procès-verbal en allemand et en français. Les interventions sont rédigées dans la langue utilisée au cours des débats.

<sup>2</sup> Le procès-verbal est vérifié par le Bureau et soumis pour adoption à l'Assemblée des délégués suivante

### **Art. 64**

Rédaction et signature

<sup>1</sup> Le Bureau rédige le texte des décisions prises par l'Assemblée des délégués.

<sup>2</sup> Si des contradictions de fond sont constatées au cours de la récapitulation des décisions, le Bureau adresse à l'Assemblée des délégués un rapport faisant des propositions.

<sup>3</sup> Les procès-verbaux et les divers documents adoptés par l'Assemblée des délégués ainsi que les décisions et règlements édictés sont signés par le président ou la présidente et par le ou la secrétaire de l'Assemblée des délégués.

## **VIII. Dispositions finales**

### **Art. 65**

Entrée en vigueur

Le présent règlement entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2007. Il remplace le Règlement de l'Assemblée des délégués de la FEPS du 24 janvier 1972 et le Règlement des commissions de la FEPS du 23 janvier 1976.

Berne, le 7 novembre 2005

Pour l'Assemblée des délégués  
de la Fédération des Églises protestantes de Suisse

La Présidente

Le Secrétaire

Dorothea Leicht-Forster

Theo Schaad

## **Regolamento dell'Assemblea dei delegati della Federazione delle Chiese evangeliche della Svizzera**

L'Assemblea dei delegati, sulla base della Costituzione della Federazione delle Chiese evangeliche della Svizzera del 12 giugno 1950, promulga il seguente regolamento. Preambolo

### **I. Generalità**

#### **Art. 1**

La Costituzione della Federazione delle Chiese evangeliche della Svizzera (in seguito FCES) è determinante per quanto concerne la composizione dell'Assemblea dei delegati, la data e il luogo delle sessioni, l'elezione dei delegati e delle delegate, le loro competenze e il diritto di voto e d'elezione. Base costituzionale

#### **Art. 2**

Il modo d'elezione, la durata del mandato e le indennità dei delegati e delle delegate e dei loro sostituti o sostitute sono regolati dalle disposizioni delle Chiese membro che rappresentano. Delegati e Delegate

#### **Art. 3**

L'Ufficio, d'intesa con il Consiglio, determina il contenuto, la forma e il momento della pubblicazione dell'ordine del giorno, dei documenti preparatori e delle decisioni. Comunicazione sulle sessioni

#### **Art. 4**

<sup>1</sup> I dibattiti dell'Assemblea dei delegati sono pubblici. Apertura

<sup>2</sup> L'Assemblea può decidere con la maggioranza di due terzi di discutere di una trattanda a porte chiuse.

<sup>3</sup> I delegati, le delegate e il Consiglio prendono parte alle deliberazioni a porte chiuse.

#### **Art. 5**

Le deliberazioni dell'Assemblea dei delegati cominciano con un momento di raccoglimento. Quando una sessione dura parecchi giorni viene organizzato un culto. Raccoglimento e culto

#### **Art. 6**

Le lingue di lavoro sono il tedesco e il francese. Lingue di lavoro

## II. Ufficio, Segretariato, scrutatori e scrutatrici

### Art. 7

Composizione,  
durata del mandato,  
retribuzione

<sup>1</sup> L'Ufficio è costituito dal presidente o dalla presidente e dalle due persone incaricate di assumere la vice presidenza, nominati/e dall'Assemblea dei delegati fra i suoi membri per due anni. Il presidente o la presidente non possono essere rieletti/e al termine del mandato biennale. Le persone che assumono la vice presidenza possono essere rielette una sola volta.

<sup>2</sup> Le due lingue di lavoro e i due sessi devono essere rappresentati in seno all'Ufficio.

<sup>3</sup> Il direttore o la direttrice del Segretariato nominato/a dal Consiglio è segretario/a dell'Assemblea dei delegati e prende parte alle sedute del Consiglio con voto consultivo.

<sup>4</sup> L'indennizzo dei membri dell'Ufficio è a carico della FCES.

### Art. 8

Competenze

<sup>1</sup> Spettano all'Ufficio i compiti attribuiti dall'Assemblea dei delegati, in particolare quello di coordinare i lavori dell'Assemblea dei delegati con le Commissioni, il Segretariato e il Consiglio.

<sup>2</sup> Per quanto riguarda il dovere di riservatezza, si applica per analogia l'art. 19.

### Art. 9

Segretariato

<sup>1</sup> Il segretariato dell'Ufficio è assicurato dal Segretariato della FCES.

<sup>2</sup> Spettano al Segretariato i compiti attribuiti dall'Assemblea dei delegati, in particolare l'organizzazione amministrativa di quest'ultima. Il Segretariato si incarica della traduzione delle decisioni dell'Assemblea, delle proposte e dei documenti preparatori nelle due lingue di lavoro; gestisce il registro dei delegati e delle delegate iscritti/e e dei loro sostituti o sostitute.

### Art. 10

Scrutatori e  
scrutatrici

<sup>1</sup> L'Assemblea dei delegati nomina fra i suoi membri per un periodo di due anni due scrutatori o scrutatrici come pure due sostituti/e che sono rieleggibili.

<sup>2</sup> Gli scrutatori e le scrutatrici sono responsabili, unitamente all'Ufficio, della preparazione formale delle elezioni e delle votazioni dell'Assemblea dei delegati e ne convalidano il risultato.



### **III. Commissioni**

#### **A. Commissioni permanenti**

##### **Art. 11**

L'Assemblea dei delegati elegge al proprio interno

Enumerazione

- a) la Commissione d'esame della gestione
- b) la Commissione di nomina

##### **1. Commissione d'esame della gestione**

##### **Art. 12**

<sup>1</sup> La Commissione d'esame della gestione esamina gli oggetti sottoposti all'assemblea dei delegati e prende posizione in merito, a meno che vi rinunci. Se per un oggetto è istituita una commissione preparatoria, gli obblighi della Commissione d'esame della gestione si limitano agli aspetti finanziari dell'oggetto trattato.

Mandato

<sup>2</sup> La Commissione d'esame della gestione esamina il rapporto d'attività, i conti annuali e il preventivo e presenta le sue conclusioni in forma scritta all'Assemblea dei delegati. La verifica dei conti viene fatta in conformità alle disposizioni del Regolamento delle finanze.

<sup>3</sup> La Commissione d'esame della gestione esamina la gestione del Consiglio e del Segretariato e può chiedere in qualsiasi momento informazioni al Consiglio.

##### **Art. 13**

<sup>1</sup> La Commissione d'esame della gestione si compone di cinque membri appartenenti a cinque diverse Chiese membro.

Composizione, nomina e durata del mandato

<sup>2</sup> I membri sono eletti, su proposta della Commissione di nomina, per la durata di quattro anni o per il resto di un mandato. Una rielezione è possibile una sola volta. Il mandato dei membri che sono stati eletti fino al termine del mandato termina dopo la seconda rielezione, dopo otto anni di mandato.

<sup>3</sup> Il presidente o la presidente della Commissione d'esame della gestione è nominato/a fra i membri della stessa Commissione dall'Assemblea dei delegati. Può esercitare il mandato di presidente al massimo per quattro anni.

##### **2. Commissione di nomina**

##### **Art. 14**

<sup>1</sup> La Commissione di nomina, d'intesa con il Consiglio e l'Ufficio, prepara le nomine per tutte le elezioni che hanno luogo all'Assemblea dei delegati. A questo scopo collabora con l'Ufficio e le Chiese membro. Sono escluse le nomine che riguardano i consigli di fondazione rispettivamente di ACES – aiuto delle Chiese evangeliche svizzere, Pane per Tutti e Fondia – fondazione per la promozione della diaconia nelle comunità nell'ambito della FCES.

Mandato

<sup>2</sup> La preparazione delle elezioni tiene conto possibilmente in modo equo dei due sessi, delle Chiese membro e delle regioni linguistiche.

<sup>3</sup> Le Chiese membro e i delegati e delegate possono sottoporre in ogni momento proposte alla Commissione di nomina.

### **Art. 15**

Composizione,  
nomina e durata del  
mandato

<sup>1</sup> La Commissione di nomina si compone di tre membri, appartenenti a tre Chiese membro diverse.

<sup>2</sup> I membri sono eletti, su proposta dell'Ufficio, per una durata di quattro anni o per il resto di un mandato. Una rielezione è possibile una sola volta. Il mandato dei membri che sono stati eletti fino al termine del mandato termina dopo la seconda rielezione, dopo otto anni di mandato.

<sup>3</sup> Il presidente o la presidente della Commissione di nomina è nominato fra i membri della stessa Commissione dall'Assemblea dei delegati. Il suo mandato non può superare i quattro anni.

### **B. Commissioni temporanee**

#### **Art. 16**

Istituzione e mandato

<sup>1</sup> L'Assemblea dei delegati può istituire commissioni temporanee per l'esame e la realizzazione di compiti specifici.

<sup>2</sup> Queste commissioni temporanee si compongono da tre a sette membri dell'Assemblea dei delegati, nominati dall'Ufficio, come il presidente o la presidente, d'intesa con la Commissione di nomina. L'Ufficio sorveglia e coordina il loro lavoro.

<sup>3</sup> L'Ufficio attribuisce alle commissioni temporanee un mandato, un termine di tempo e un limite finanziario. Le commissioni devono rendere conto dell'avanzamento dei loro lavori all'Assemblea generale al termine di un anno di mandato.

### **C. Disposizioni comuni**

#### **Art. 17**

Costituzione

Le commissioni si costituiscono liberamente, ad eccezione della presidenza.

#### **Art. 18**

Quorum

Le Commissioni possono decidere validamente soltanto quando è presente la maggioranza dei loro membri. Le decisioni sono prese con la maggioranza semplice dei membri presenti, il voto finale è obbligatorio. In caso di parità di voti, quello del presidente o della presidente vale doppio.

### **Art. 19**

<sup>1</sup> I lavori delle commissioni sono confidenziali fino al loro termine.

Confidenzialità e informazione

<sup>2</sup> L'art. 3 stabilisce il modo d'informazione al pubblico.

### **Art. 20**

<sup>1</sup> Nell'ambito del loro mandato, le commissioni possono fare ricorso ad esperti. Questi partecipano alle sedute delle commissioni con voto consultivo.

Esperti

<sup>2</sup> Per quanto riguarda il dovere di riservatezza, si applica per analogia l'art. 19.

### **Art. 21**

<sup>1</sup> La FCES indennizza i membri delle commissioni. Il Segretariato emana un regolamento ad hoc.

Retribuzione

<sup>2</sup> Una convenzione separata determina la remunerazione degli esperti da parte della FCES.

### **Art. 22**

<sup>1</sup> Il segretariato delle Commissioni è assicurato dal segretariato della FCES.

Segretariato e verbale

<sup>2</sup> La segretaria o il segretario redige il verbale delle decisioni. Il verbale riporta i nomi delle persone presenti e delle persone assenti, l'oggetto delle deliberazioni con rimando ai documenti, il risultato delle votazioni con menzione delle proposte, le decisioni sulle questioni di forma o di fondo.

<sup>3</sup> Su decisione della commissione, per certe trattande, il segretario o la segretaria può essere invitato/a a redigere un verbale delle discussioni.

## **IV. Convocazione e ordine del giorno**

### **Art. 23**

L'Assemblea dei delegati è convocata dal presidente o dalla presidente. La convocazione indica la data, l'ora e il luogo dell'assemblea dei delegati, come pure le trattande da discutere.

Convocazione

### **Art. 24**

<sup>1</sup> L'Ufficio stabilisce l'ordine del giorno d'intesa con il Consiglio.

Ordine del giorno e documenti preparatori

<sup>2</sup> L'ordine del giorno, accompagnato dai documenti preparatori, deve giungere alle Chiese membro e ai loro delegati e delegate con almeno quattro settimane di anticipo. La convocazione è pure inviata ai membri del Consiglio, alle Conferenze della FCES, come pure, per informazione, alla presidenza della KIKO e della CER.

<sup>3</sup> L'Ufficio, d'intesa con il Consiglio della FCES, stabilisce altri possibili destinatari.

## **Art. 25**

Aggiunte all'ordine del giorno

Questioni urgenti possono essere annunciate al presidente o alla presidente fino all'esame dell'ordine del giorno da parte dell'Assemblea dei delegati. Il presidente o la presidente le trasmette immediatamente al Consiglio e al Segretariato. Le questioni urgenti sono portate a conoscenza dell'Assemblea dei delegati solamente all'inizio della seduta. Sono trattate soltanto se la maggioranza dei due terzi dei delegati e delle delegate presenti accettano di farlo.

## **V. Discussioni, votazioni ed elezioni**

### **Art. 26**

Apertura

Il presidente o la presidente apre la seduta. Verifica che il quorum sia raggiunto e che l'Assemblea dei delegati accetti l'ordine del giorno.

### **Art. 27**

Modifica ordine del giorno

L'Assemblea dei delegati può portare modifiche all'ordine del giorno e radiare delle trattande, a maggioranza dei delegati e delle delegate presenti. Per quanto riguarda l'integrazione dell'ordine del giorno, è applicabile l'art. 25.

### **Art. 28**

Diritto di voto

<sup>1</sup> Il diritto di voto e di elezione è definito dalla Costituzione della FCES.  
<sup>2</sup> I delegati e le delegate con voto consultivo e coloro il cui diritto di intervento è limitato (diritto di parola e di proposta) non hanno il diritto di partecipare alle elezioni e alle votazioni.

### **Art. 29**

Astensione dal voto

I membri dell'Assemblea dei delegati personalmente implicati in una questione si astengono al momento della discussione. Questa clausola non vale per le elezioni.

### **Art. 30**

Svolgimento dei dibattiti

<sup>1</sup> Per ogni oggetto dell'ordine del giorno, prima di aprire la discussione, il presidente o la presidente dà la parola nell'ordine seguente:

- a) se si tratta di un oggetto preparato da una commissione, dapprima al relatore o alla relatrice della commissione;
- b) se si tratta di un oggetto preparato dal Consiglio, dapprima al portavoce del Consiglio;
- c) in seguito al relatore o alla relatrice della Commissione d'esame della gestione.

<sup>2</sup> Quando si tratta di elezioni, prende la parola per primo il relatore o la relatrice della Commissione di nomina; i delegati e le delegate possono in seguito fare delle proposte.

<sup>3</sup> Quando si tratta di interventi parlamentari, sono applicabili gli art. 43 e seguenti.

### **Art. 31**

<sup>1</sup> Chiunque desideri esprimersi si annuncia al presidente o alla presidente. La parola viene data secondo l'ordine di iscrizione. Tuttavia, i delegati o le delegate che non si sono ancora espressi/e sull'oggetto in discussione hanno la precedenza su quelli che si sono già espressi sullo stesso argomento. Discussione generale

<sup>2</sup> I relatori e le relatrici delle commissioni e del Consiglio possono pure intervenire su un argomento senza tener conto dell'ordine d'iscrizione alla fine della discussione. Se nuovi punti di vista vengono presentati, una discussione già chiusa può essere riaperta tramite una mozione d'ordine.

<sup>3</sup> Se il presidente o la presidente dell'Assemblea dei delegati desidera esprimere un parere su un oggetto in discussione, può chiedere la parola. Viene allora iscritto/a sulla lista degli oratori e in questo caso lascia la presidenza al vice presidente o alla vice presidente.

### **Art. 32**

<sup>1</sup> Su richiesta dell'Ufficio o di un delegato o di una delegata, l'Assemblea dei delegati può decidere di limitare il tempo dedicato alla discussione di determinati oggetti all'ordine del giorno. Durata degli interventi

<sup>2</sup> Il presidente o la presidente può ritirare la parola agli intervenuti che non tengono conto dell'avvertimento di attenersi al tema.

<sup>3</sup> In caso di contestazione, l'Assemblea dei delegati decide senza discussione.

### **Art. 33**

<sup>1</sup> Quando una proposta è redatta in parecchi articoli, o quando si tratta di un testo giuridico, viene dapprima discussa e votata l'entrata in materia, poi si passa alla discussione articolo per articolo. Procedura

<sup>2</sup> In caso di non entrata in materia, la proposta decade.

<sup>3</sup> Se l'oggetto è rifiutato, il Consiglio o la commissione preparatoria deve rielaborarlo tenendo conto delle opinioni.

### **Art. 34**

Ogni emendamento deve essere comunicato in forma scritta al presidente o alla presidente, al più tardi prima del voto. Il presidente o la presidente lo fa subito tradurre nell'altra lingua di lavoro e lo porta a conoscenza dell'Assemblea dei delegati. Emendamenti

### **Art. 35**

Se viene presentata una mozione d'ordine, la discussione è sospesa fino alla relativa decisione. Mozione d'ordine

### **Art. 36**

Chiusura della discussione

<sup>1</sup> L'Assemblea dei delegati può decidere in ogni momento di chiudere la discussione. La decisione è presa a maggioranza dei delegati e delle delegate presenti.

<sup>2</sup> In questo caso, la parola è data unicamente alle delegate e ai delegati iscritti prima del voto e che non si sono ancora espressi in merito, come pure ai relatori e alle relatrici delle commissioni e del Consiglio che ne fanno richiesta.

<sup>3</sup> Quando si tratta di dichiarazioni personali, è applicabile l'art. 59.

### **Art. 37**

Votazioni

<sup>1</sup> Il presidente o la presidente dirige la procedura di voto e sottopone all'Assemblea dei delegati le questioni. Queste sono presentate nell'altra lingua da una delle persone che assumono la vicepresidenza. Se obiezioni sono avanzate a proposito della procedura di voto, l'Assemblea dei delegati decide immediatamente.

<sup>2</sup> Il voto avviene per alzata di mano. I voti a favore di una proposta vengono espressi prima dei voti contrari. I votanti possono esprimere il loro voto una sola volta.

<sup>3</sup> Se un quarto dei delegati e delle delegate lo richiedono, la votazione viene fatta a scrutinio segreto o per appello nominale.

### **Art. 38**

Ordine delle votazioni

<sup>1</sup> Vengono posti in votazione dapprima i sotto emendamenti, poi gli emendamenti e le proposte principali.

<sup>2</sup> Quando vi sono più di due proposte equivalenti sullo stesso punto, sono sottoposte al voto contemporaneamente. Ogni votante può esprimersi solo su una di esse. Se nessuna proposta ottiene la maggioranza assoluta, quella che ha ottenuto il minor numero di voti viene eliminata. Viene poi applicata la stessa procedura fino a quando una delle proposte ottenga la maggioranza assoluta.

### **Art. 39**

Voto finale

Quando un oggetto comprende parecchie proposte o articoli ed è trattato proposta per proposta o articolo per articolo, una votazione d'insieme ha luogo al termine del dibattito, senza ulteriore discussione.

### **Art. 40**

Risultato delle votazioni

<sup>1</sup> Quando lo scrutinio ha luogo per alzata di mano, il presidente o la presidente convalidano il risultato.

<sup>2</sup> Per disposizione del presidente o della presidente, o su richiesta di un delegato o di una delegata, i voti sono contati dagli scrutatori o dalle scrutatrici. In caso di uguaglianza è determinante il voto del presidente o della presidente.

<sup>3</sup> Quando il voto ha luogo a scrutinio segreto, gli scrutatori assieme all'Ufficio hanno il compito di convalidare il risultato.

#### **Art. 41**

<sup>1</sup> Le elezioni si svolgono a scrutinio segreto nei casi previsti dalla Costituzione della FCES, o se la Commissione di nomina o l'Assemblea dei delegati propone più candidati o candidate rispetto ai seggi da attribuire.

Elezioni

<sup>2</sup> Gli scrutatori e le scrutatrici contano i voti e convalidano i risultati dello scrutinio secondo la Costituzione. Se c'è parità di voti al secondo scrutinio, si procede al sorteggio.

<sup>3</sup> Se i candidati o le candidate non sono più numerosi rispetto ai seggi da attribuire, il presidente o la presidente li dichiara eletti tacitamente, a meno che la Costituzione non prescriva una elezione a scrutinio segreto.

#### **Art. 42**

Una decisione presa può essere riesaminata nel corso della stessa sessione, se la maggioranza di due terzi dei delegati e delle delegate decide in tal senso.

Riesame

## **VI. Interventi parlamentari**

### **A. Mozioni e postulati**

#### **1. Mozione**

#### **Art. 43**

La mozione è una proposta singola che obbliga il Consiglio, quando l'ha accettata, a presentare all'Assemblea dei delegati un rapporto o un progetto di risoluzione su una questione che rientra nelle competenze di quest'ultima. Con una mozione possono essere date al Consiglio indicazioni vincolanti sulle misure da prendere e le proposte da fare riguardo a determinate questioni.

Definizione

#### **Art. 44**

<sup>1</sup> Le Chiese membro, i delegati e le delegate, come pure i delegati e le delegate il cui diritto d'intervento è limitato possono presentare una mozione. Questa deve pervenire al presidente o alla presidente, in forma scritta, al più tardi otto settimane prima dell'inizio della sessione nel corso della quale sarà discussa. Il testo della mozione deve essere firmato dal suo autore e da eventuali cofirmatari. Deve essere accompagnato da una breve esposizione scritta dei motivi.

Competenza

<sup>2</sup> Il presidente o la presidente prende le misure necessarie per l'iscrizione della mozione all'ordine del giorno e per la diffusione del suo testo alle Chiese membro, ai loro delegati e delegate e al Consiglio. Il presidente o la presidente invia per scritto una conferma di ricevuta al suo autore.

<sup>3</sup> Le mozioni presentate con procedura di urgenza sono trattate secondo le disposizioni dell'art. 25.

#### **Art. 45**

Procedura

<sup>1</sup> Quando una mozione viene discussa, la parola è data anzitutto a un o una rappresentante della Chiesa che ha l'ha presentata, affinché esponga oralmente i suoi motivi. Nel caso in cui la persona designata sia impedita, può essere sostituita da un altro delegato o un'altra delegata.

<sup>2</sup> Dopo l'autore della mozione, la parola è data al Consiglio. Se questo accetta la mozione e se nessuna proposta in contrario viene espressa dall'Assemblea dei delegati, la mozione è considerata come accolta. Altri interventi sono possibili solo se la discussione è stata formalmente decisa.

<sup>3</sup> Se il Consiglio o un delegato o una delegata non accettano la mozione, è aperta la discussione. Al termine del dibattito, l'Assemblea dei delegati accetta o respinge la mozione.

#### **Art. 46**

Elaborazione ed  
archiviazione

<sup>1</sup> Quando una mozione è accettata, il Consiglio presenta un rapporto e un progetto di risoluzione sulle questioni che ne sono oggetto entro un termine di due anni. L'Assemblea dei delegati può prolungare questo termine di un anno.

<sup>2</sup> Se una mozione è considerata come urgente dall'assemblea dei delegati con la maggioranza dei due terzi, il rapporto e la proposta di risoluzione devono essere presentati entro il termine di un anno.

<sup>3</sup> Quando un progetto di risoluzione e un rapporto scritto sono presentati dal Consiglio riguardo a una mozione già accettata dall'Assemblea dei delegati, quest'ultima decide se dar loro seguito o archivarli.

## **2. Postulato**

#### **Art. 47**

Definizione

Il postulato è una proposta singola che invita il Consiglio, quando l'ha accettata, ad esaminare la questione che ne è oggetto e a presentare un rapporto e un progetto di risoluzione all'Assemblea dei delegati.



### **Art. 48**

<sup>1</sup> Le Chiese membro, i delegati e le delegate, come pure i delegati e le delegate il cui diritto d'intervento è limitato possono presentare un postulato. Questo deve pervenire al presidente o alla presidente, in forma scritta, al più tardi otto settimane prima dell'inizio della sessione nel corso della quale sarà discusso. Il testo del postulato deve essere firmato dal suo autore e da eventuali cofirmatari. Deve essere accompagnato da una breve esposizione scritta dei motivi.

Competenze e  
presentazione

<sup>2</sup> Il presidente o la presidente prende le misure necessarie per l'iscrizione del postulato all'ordine del giorno e per la diffusione del suo testo alle Chiese membro, ai loro delegati e delegate e al Consiglio. Il presidente o la presidente invia per scritto una conferma di ricevuta al suo autore.

### **Art. 49**

Per il trattamento del postulato vale la stessa procedura applicabile alla mozione.

Procedura

### **Art. 50**

Il Consiglio presenta un rapporto, orale o scritto, entro il termine di un anno, indicando se e in che modo intende dar seguito al postulato o se l'ha già fatto. La questione è allora evasa. La discussione ha luogo solo se l'Assemblea dei delegati lo decide. L'autore del postulato può tuttavia fare una dichiarazione.

Elaborazione ed  
evasione

## **B. Disposizioni comuni**

### **Art. 51**

Una mozione può essere convertita in postulato se l'autore dà il suo accordo.

Conversione

### **Art. 52**

Il testo di una mozione o di un postulato può essere modificato nel corso della discussione soltanto con l'accordo del suo autore.

Modificazione del  
testo

### **Art. 53**

Le mozioni e i postulati in corso di esame sono elencati in allegato al rapporto annuale del Consiglio, con indicazione dello stato di avanzamento dei lavori.

Mozioni e postulati  
in corso d'esame

## **C. Interpellanze, piccole domande, ora delle domande, dichiarazioni personali, risoluzioni.**

### **1. Interpellanza**

#### **Art. 54**

Contenuto,  
competenze e  
presentazione

<sup>1</sup> Le Chiese membro, le delegate e i delegati, come pure le delegate e i delegati il cui diritto di intervento è limitato possono esigere dal Consiglio, con una interpellanza, informazioni su ogni questione di competenza della FCES.

<sup>2</sup> Una interpellanza può essere consegnata in qualsiasi momento, in forma scritta, al presidente o alla presidente. Deve essere accompagnata da una breve esposizione scritta dei motivi all'attenzione del Consiglio.

<sup>3</sup> Il presidente o la presidente fa iscrivere l'interpellanza all'ordine del giorno e dà conoscenza del testo alle Chiese membro, ai loro delegati e alle loro delegate, come pure al Consiglio. Il presidente o la presidente ne accusa ricevuta per scritto.

#### **Art. 55**

Procedura

<sup>1</sup> L'interpellanza è trattata durante l'Assemblea dei delegati seguente. Se è stata presentata con meno di quattro settimane di anticipo sarà esaminata solo a condizione che i delegati e le delegate presenti la dichiarino urgente con la maggioranza dei due terzi.

<sup>2</sup> L'interpellanza è motivata oralmente, prima che il portavoce del Consiglio vi risponda.

<sup>3</sup> Dopo la risposta all'interpellanza ha luogo una discussione soltanto se lo decide l'Assemblea dei delegati. L'interpellante ottiene la parola per dire se è soddisfatto o meno delle informazioni ricevute.

<sup>4</sup> Non sono ammesse né risoluzioni né votazioni sulla questione oggetto dell'interpellanza.

### **2. Piccola domanda**

#### **Art. 56**

Contenuto,  
competenze,  
presentazione,  
risposta

<sup>1</sup> Le Chiese membro, le delegate e i delegati come pure le delegate e i delegati il cui diritto di intervento è limitato possono in ogni momento porre al presidente o alla presidente piccole domande su oggetti di competenza della FCES. Il loro tenore è portato a conoscenza del Consiglio.

<sup>2</sup> Il Consiglio comunica per scritto, simultaneamente alla sua risposta, il testo della domanda e la propria risposta alle Chiese membro, alle delegate e ai delegati, come pure alle delegate e ai delegati il cui diritto d'intervento è limitato.

<sup>3</sup> Le piccole domande non sono oggetto di discussione.

### 3. Ora delle domande

#### Art. 57

In occasione di ogni Assemblea dei delegati ordinaria, è riservato un certo tempo (“ora delle domande”) durante il quale il Consiglio risponde alle questioni legate all’attualità.

Contenuto

#### Art. 58

<sup>1</sup> Fino a dieci giorni prima della sessione le delegate e i delegati, come pure le delegate e i delegati il cui diritto d’intervento è limitato, possono presentare brevi domande scritte al presidente o alla presidente. Questi le trasmette immediatamente al Consiglio e si preoccupa che siano presentate all’Assemblea dei delegati.

Competenza, presentazione, risposta

<sup>2</sup> Il Consiglio risponde oralmente. Se la questione è troppo complessa, può suggerire al richiedente o alla persona che ha posto la domanda di utilizzare la via dell’interpellanza o della piccola domanda.

<sup>3</sup> La persona che ha preso la parola può porre una domanda inerente al tema e fare una breve dichiarazione. Non ha luogo alcuna discussione.

### 4. Dichiarazione personale

#### Art. 59

Qualsiasi persona che partecipa all’Assemblea dei delegati può fare una breve dichiarazione. Questa deve essere annunciata al presidente o alla presidente, indicandone brevemente il contenuto.

Contenuto e iscrizione

### 5. Risoluzione

#### Art. 60

Le risoluzioni sono delle dichiarazioni della FCES su alcune questioni o avvenimenti, indirizzate all’opinione pubblica, a certi ambienti o alle autorità.

Contenuto

#### Art. 61

<sup>1</sup> Le Chiese membro, le delegate e i delegati, le delegate e i delegati il cui diritto di intervento è limitato, come pure il Consiglio possono presentare una domanda di risoluzione. Questa deve pervenire al presidente o alla presidente, in forma scritta, al più tardi otto settimane prima dell’inizio della sessione nel corso della quale sarà discussa. Il tenore della risoluzione è comunicato alle Chiese membro, ai delegati e alle delegate e al Consiglio.

Competenza, presentazione e scadenza

<sup>2</sup> Le proposte di risoluzione presentate con formula di urgenza sono trattate in conformità alle disposizioni dell’art. 25.

